Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Jahrgang 1931 — Breslau, den 22. Oktober 1931 — Nummer 2

Metallarbeiter im Kampf

Warum streiken die Breslauer Metallarbeiter?

Ergebnislose Verhandlungen vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses — Riesenversammlung der Streikenden nimmt einmütig eine Entschließung an

Die Arbeiter der Betriebe LHBW., Meinecke, Kemna, Hydrometer, F. W. Hoffmann, Ohle's Erben, cirka 2500 Mann stehen seit fast 2 Wochen im Streik. Der Streik ist ihnen von den Unternehmern in einer rücksichtslosen Form aufgezwungen worden. Man hat sich nicht mit der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter und den zuständigen Arbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt und auch nicht mit ihnen verhandelt als man einen ganz unglaublichen Abbau der Akkorde und Löhne neben dem sogenannten amtlichen Abbau zwischenhinein vornehmen wollte. Diese Brüskierung der Arbeiter und ihrer Organisationen hat allein schon bei den Arbeitern stärkste Empörung hervorgerufen. Die Empörung wurde noch gewaltig gesteigert durch die Höhe der Verdienstkürzungen und die diktatorische provozierende Form, mit der man die Abzüge durchführen will.

Die Metallarbeiter befinden sich in Breslau seit einem Jahr in einem ununterbrochenen Lohnabbau. Besonders die Akkordarbeiter, die ca. 70% aller Beschäftigten ausmachen, werden davon schwer betroffen. Ende vorigen Jahres wurde den Breslauer Arbeitern der Metallindustrie ein Lohnabbau von 6% von amtswegen aufgezwungen. Das war aber nur ein kleiner Bruchteil der Abzüge, die vorgenommen wurden. Eine ganze Anzahl von Arbeitern hat ihre Akkordverdienste pro Stunde um 40 Pfg. innerhalb des letzten Jahres gekürzt bekommen.

Nach den Zusammenstellungen des Verbandes Schlesischer Metallindustrieller standen die Akkordverdienste in den Monaten September 1930 und August 1931 wie folgt:

					pro Stunde
Vorarbeiter	127,8,	bzw. 113	Pf.,	Kürzung	14,8 Pf.
Handwerker	123,4	„ 108	„	„	15,4 „
Angelernte Arbeiter	106,8,	„ 92,5	„	„	14,3 „
Angel. Arbeiterinnen	67,6,	„ 60,5	„	„	7,1 „

Bei Spezial-Berufsgruppen ergeben sich folgende Kürzungen:

					pro Stunde
Eisenformer	121,6,	bzw. 97	Pf.,	Kürzung	24,6 Pf.
Lackierer	132	„ 110	„	„	22 „
Maschinenschlosser	123,5,	„ 105	„	„	18,5 „
Klempner	129,6,	„ 111,5	„	„	18 „
Stellmacher	122,8,	„ 106	„	„	16,8 „
Metallformer	123,4,	„ 108	„	„	15,4 „
Eisenbauschlosser	122,9,	„ 108	„	„	15 „
Eisendreher	123	„ 110	„	„	13 „
Sattler	122,5,	„ 107	„	„	15,5 „
Metalldreher	132	„ 119	„	„	13 „

usw. Die Verdienste sind gegenüber dem Stand vom August noch weiter abgesackt. Trotzdem glauben die Metallindustriellen jetzt eine weitere ungeheuere Kürzung der Akkordverdienste und Löhne vornehmen zu können und sie verlangen, daß bei Abschluß eines neuen Lohn- und Akkordtarifes weitere Abzüge an den Tariflöhnen und den Akkordsätzen erfolgen. Man kann hier ohne Übertreibung von einem wahnwitzigen Lohnabbau sprechen. Mancher Arbeiter würde dadurch auf die Hälfte seines früheren Verdienstes zurückgeworfen.

Der Lohnabbau muß mit einer gewissen Naturgesetzlichkeit die Krise verschärfen, er vermindert die Kaufkraft, verringert den Absatz, führt zu Stillegungen und noch größerer Arbeitslosigkeit.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Stadtrat Kühn, hat die Parteien am 21. Oktober von amtswegen zu Verhandlungen zusammenberufen. Die Metallindustriellen erklärten, die Akkordverdienste wären zu hoch, deshalb müssen sie jetzt extra — bevor die Tarifverhandlungen für die gesamte Metallindustrie erfolgen — etwas vorwegnehmen (d. h. bis 30% extra Abzüge vornehmen) weil sie das später nicht mehr können.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten, daß sie kein Interesse daran hätten, wenn der Schlichtungsausschuß-Vorsitzende nur den Streik beenden würde, die Metallarbeiter streiken auch gleichzeitig für den Abschluß eines neuen Lohn- und Tarifvertrages.

Eine Verständigung konnte bei dieser Einstellung nicht erzielt werden, so daß der Streik weiter geht.

Am 21. Oktober fand eine von einigen Tausend Streikenden besuchte Versammlung statt, in der Kollege Ziegler über die Ursachen und den Stand des Streiks einen ausführlichen Bericht gab, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Ziegler erklärte, wenn die Metall-Industriellen glauben, daß die Metallarbeiter macht- und wehrlos wären, so täuschen sie sich. Die Metallarbeiter werden dieser verstärkten Ausbeutung, die die Metall-Industriellen planen, schärfsten Widerstand leisten.

Folgende Entschließung wurde in der Versammlung einstimmig angenommen:

Die streikenden Arbeiter der Breslauer Metallindustrie erheben gegen den ungeheuerlichen Lohnraub, den die Metallindustriellen Breslaus durchführen wollen, schärfsten Protest.

Sie werden in solidarischer Einigkeit und Geschlossenheit den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den Versuch, sie in größtes Elend zu stoßen und ihre Lebenshaltung auf ein unerträgliches Niveau herabzudrücken mit aller Kraft führen.

Die Streikenden erklären, daß der Kampf nur von den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen zu führen ist und geführt wird. Sie sprechen dieser Führung ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.

Die gehässige, lügenhafte Schreibweise der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung", die nur geeignet ist, den schweren Kampf der Metallarbeiter zu diskreditieren und zu schädigen und den Unternehmern zu nützen, verurteilen die Streikenden aufs allerschärfste.

Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Streikbrechern

Während einer Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma Meinicke kam es am Dienstagnachmittag zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Streikbrechern. Zwei Schwerverletzte sind in das Augustahospital eingeliefert worden.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands bekundet ihre Sympathie den im Kampfe stehenden Genossen und wird alles tun, um den Streikenden zum Siege zu verhelfen.

Diese Zeitung ist ein Provisorium

Ab 1. November erscheint die achtseitige **SAZ.**

Militärdiktatur . . .

Eine Quittung an die SPD.

Noch sind die Jubelhymnen der SPD. um den „Sieg über den Faschismus" nicht verklungen, da meldet sich schon der neue Reichsinnenminister Groener zum Wort um ihr den Dank für die Tolerierung zu überreichen. Und was Herr Groener zu sagen hat, kann wirklich als eine heiße Danksagung an eine Partei, die es noch wagt, sich Vertreterin der Interessen des arbeitenden Volkes zu nennen, bezeichnet werden.

Wir wollen hier nur einige Auszüge aus der Erklärung des neuen Reichsinnenministers wiedergeben, um zu zeigen, wes Geisteskind sie ist. Nachdem Herr Groener die Vereinigung wichtiger staatlicher Machtmittel in einer Hand als eine Notwendigkeit des Augenblickes bezeichnet hat, sagt er:

„Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Betätigung Schranken gezogen werden, wenn sie auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Bolschewismus gerichtet sind. Unsere Ehre erfordert Bekämpfung von Versuchen durch Denunziationen und böswillige Diffamierung das Ansehen des deutschen Reiches herabzusetzen, und die Bekämpfung einer politischen Kampfesweise die sich in gemeiner Hetze und Verunglimpfung der Einrichtungen des Staates und seiner führenden Persönlichkeiten erschöpft. Das Ansehen des deutschen Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden. Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfalle drakonische Ausnahmebestimmungen vom Herrn Reichspräsidenten zu erbitten."

Er hofft dann, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Presse auf seiner Seite stehen wird (eine Hoffnung, die nicht zuschanden werden wird!) und fährt fort:

„Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt eingesetzt werden muß, sie auch mit aller Härte durchgreift. Die Polizeibeamten in ihrem schweren aufopferungsvollen Dienst gegen Widerstände und Terrorakte zu schützen, betrachte ich als eine Pflicht des Staates, zu deren Erfüllung die schärfsten Handhaben geschaffen werden müssen."

Und nun entringt sich ihm etwas höchst Gefühlvolles; er muß der seelischen und leiblichen Not der erwerbslosen Jugend gedenken und sagt:

„Es wird meine vornehmste Aufgabe als Reichsinnenminister sein, alle Bemühungen und Versuche, die gemacht werden, um die Jugend von der Straße wegzubringen, sie zu Zucht und Ordnung zu erziehen, sie körperlich zu ertüchtigen und in ihrer geistigen Haltung wehrhaft zu machen, soweit wie möglich zu unterstützen . . . Die Jugend braucht Ideale. Sie soll die Freiheit haben, für sie zu leben, wenn sie nicht gegen den Staat gerichtet sind, sondern auf Deutschlands Zukunft!"

Besser konnte der Ansturm des Faschismus wirklich nicht abgeschlagen werden! Bessere Sicherheiten, daß von nun an auch die letzte Freiheit der arbeitenden Klasse überwunden sein wird, konnte die SPD. nicht erlangen! Die „Volkswacht" ist zwar anderer Meinung. Sie hat zu der ganzen Erklärung des Ministers, die sie wohlweislich ohne jenen Fettdruck bringt, nur zu sagen, daß **„sie wohl nicht fehl gehe in der Annahme, daß diese Äußerungen mit ihren scharfen Wendungen gegen Terrorakte insbesondere im Hinblick auf die jüngsten blutigen Vorgänge in Braunschweig erfolgte."**

Nein, liebe, gute, alte Tante, so naiv darfst du dich wahrlich nicht stellen! Du kennst ja die Terminologie dieser Herren sehr gut! Wenn sie Bolschewismus sagen, so meinen sie Arbeiterschaft, und alles, was Herr Groener gesagt hat, bedeutet nichts anderes, als eine einzige Warnung an die Arbeiterschaft: Wenn Ihr in den kommenden Lohnkämpfen nicht zu Kreuze kriecht, wenn Ihr gegen die kommenden neuen Abzüge bei der Erwerbslosenunterstützung etwa protestieren wollt, dann bin ich da, und ich werde mit aller Schärfe durchgreifen! Kein Wort hat Herr Groener gegen die Nazihorden gefunden, mit keinem Ton ist er (laut Notverordnung) auf die Unzulässigkeit des Naziaufzuges in Braunschweig eingegangen. Notverordnungen sind nur zur Terrorisierung der Arbeiter da! Der Faschismus ist nicht geschlagen! Er lebt kräftig und gesünder unter der neuen Regierung Brüning weiter, die sein Schrittmacher ist.

General Seeckt hat das deutlich einige Tage zuvor in Dessau gesagt, als er ausführte, daß es keine Überbrückung der Gegensätze zwischen national und bolschewistisch (lies: Bürgertum und Arbeiterschaft!) geben könne, sondern daß dieser Gegensatz ausgekämpft werden müsse. Freilich irrte er sich, als er die Sozialdemokratie als Träger des Kampfes gegen die Begriffe von der Heiligkeit des Privateigentums und der wohlerworbenen Rechte bezeichnete. Die Sozialdemokratie wird keinem Bourgois ein Härchen krümmen, sie wird keinem pensionierten. General seine wohlerworbenen Rechte nehmen.

Ganz besondere Beachtung aber verdient der Gefühlserguß des Herrn Groener über die jugendlichen Erwerbslosen. Wenn er sie von der Straße weg haben möchte, so soll er nur notverordnen, daß die Arbeitgeber ihre Lehrlinge nicht jedes Jahr, kaum daß sie ausgelernt sind, auf die Straße schmeißen. Dann soll er notverordnen, daß die **Arbeitszeit um die Hälfte bei vollem Lohnausgleich** herabgesetzt wird und mit einem Schlage werden alle Jugendlichen von der Straße fort sein. Was er aber in Wirklichkeit wünscht, daß sagen seine Worte von der Erziehung zur Zucht und Ordnung, zur körperlichen Ertüchtigung und wehrhaften Haltung deutlich: die Not der Jugendlichen will er ausnutzen, um sie in den Arbeitsdienst zu zwingen, um sie zu Rekruten zu machen und für einen künftigen Krieg zu drillen!

Die Arbeiterschaft faßt diese Erklärung Groeners als eine neue Kampfansage gegen die Notleidenden und Elenden auf und wird nicht aufhören, gegen diese neue Knebelung mit allen Mitteln, die dem entrechteten Proletariat zur Verfügung stehen, zu kämpfen. K. M.

Wer hat die Marneschlacht verloren?

Die Volkswacht meint:

Neben der Marne-Niederlage des deutschen Faschismus darf das positive Ergebnis der Reichstagsentscheidung vom 16. Oktober nicht übersehen werden. Es besteht nicht darin und kann leider nicht darin bestehen, die Krise zu beheben und alle Not sofort zu beseitigen. Aber es besteht in der Verhütung der Katastrophe. Wenn die Regierung gestürzt wäre und eine Rechtsregierung auf die Beine zu stellen versucht würde, so wären mit einem Schlage alle Fäden der internationalen Verhandlungen zerrissen, die getroffenen Kreditabmachungen schwebten in der Luft, eine neue Welle der Kreditentziehung und Kapitalflucht würde einsetzen, neue Stillegungen, gesteigerte Massenarbeitslosigkeit wären die unmittelbare Folge. Das ist vermieden worden. Nicht den Nationalsozialisten, nicht ihren Stellvertretern, wie Sollmann die Kommunisten zutreffend bezeichnete, ist das zu danken, sondern der Sozialdemokratie, die auch in dieser Situation sich als die verantwortungsbewußte Hüterin der Interessen des schaffenden deutschen Volkes erwiesen hat. Wilhelm Keil.

Die Quittung lautet:

Essen, 17. Okt. (Wolff.) Die Geschäftsführung des Zechenverbandes hat die zur Zeit geltende Lohnordnung (Schiedsspruch vom 29. September 1931) zum 30. November 1931 gekündigt. Die Geschäftsführung begründet diese Maßnahme mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage.

Reichsbanner leistet Arbeitsdienst

Unter diesem Titel bringt die „Arbeiterpolitik" vom 21. d. M. folgende Notiz:

Trotz aller Ableugnungsversuche der SPD.-Presse ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß beim Bau der größten sächsischen Talsperre an der Lehnmühle im Erzgebirge eine Kolonne von 70 Leipziger Reichsbannerleuten im Arbeitsdienst gegen volle Verpflegung und ein tägliches Entgeld von 50 Pfg. beschäftigt wird. In Schmiedeberg im Erzgebirge hat diese Tatsache größte Empörung bei den dortigen Arbeitern und im Reichsbanner ausgelöst. Acht Mann der Reichsbannerortsgruppe Schmiedeberg haben deswegen ihren Austritt vollzogen. Die Ortsgruppenleitung des Reichsbanners in Rabenau hat nach Bekanntwerden dieses Vorfalles bereits einen Protest an die Dresdner Gauleitung abgeschickt. Auch in Rabenau herrscht deswegen im Reichsbanner und vor allem bei den Jungbannerkameraden große Mißstimmung. In Schmiedeberg wird sich eine öffentliche Versammlung, an der auch das Ortskartell des ADGB. beteiligt ist, mit diesem Vorfall beschäftigen. Wie uns weiter mitgeteilt wird, soll der Dresdner Führer des Reichsbanners, Haufe, auf eine diesbezügliche Anfrage kürzlich gesprächsweise geantwortet haben, wenn das Reichsbanner nicht an der Lehnmühle vertreten sei, dann wäre die ganze schwarze Reaktion dorthin gekommen.

Wir fordern die Führerschaft des Dresdner Reichsbanners auf, klar und eindeutig, ohne Winkelzüge zu dieser Notiz Stellung zu nehmen!

Reichspost „erwache"!

Den Berlinern bot sich vor kurzem ein eigenartiges Schauspiel: 17 Omnibusse fuhren in stolzer Auffahrt von Steglitz herunter, die Hauptstraße, die Potsdamer und die Leipziger Straße entlang. Jeder Wagen ein prächtiges Exemplar seiner Art, hochmodern und mit höchstem Komfort ausgestattet. Alle waren bis auf den letzten Platz besetzt und die Reise kam von weit her, aus dem Zustand der Karosserien zu schließen. Eine imposante Reisegesellschaft sehr zahlungsfähiger Leute, die also in die Reichshauptstadt einzogen.

Aber die Vermutung von den amerikanischen Multimillionären oder der „Dienstfahrt" eines tatsächlich noch florierenden Industriekonzerns war falsch. Kleine Fähnchen, die jeden Wagen zierten, zeigten, um wen es sich handelte, rote Fähnchen mit dem Hakenkreuz. Also unverkennbar Nationalsozialisten, die von ihrer Parade in Braunschweig zurückkamen und nun in einer imponierenden Autophalanx in Berlin einzogen. Am Steuer der siebzehn Omnibusse, die mit Hakenkreuzfähnchen dekoriert waren, saßen Reichsbeamte, und die Wagen gehörten der deutschen Reichspost.

Natürlich waren sie alle regulär gemietet. Jeder kann bei der Reichspost Omnibus fahren, wenn er zahlt; und die Nationalsozialisten haben gezahlt (aus eigenen Mitteln selbstverständlich); sie konnten also fahren, wohin sie wollten. Damit hätte sich denn der Republikaner zufrieden zu geben, wenn er auch vielleicht an der Sachlichkeit zweifelt, die schließlich dahin führen könnte, daß der „Marsch auf Berlin" auf reichseigenen Wagen erfolgen kann, wenn vorher nur der Fahrpreis bezahlt ist. (Vossische Zeitung.)

Der Völkerbund berät — die Imperialisten Japans handeln!!

Am grünen Tisch in Genf

Genf, 19. Oktober.

Der Völkerbundsrat ist heute vormittag nicht, wie vorgesehen war, zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. **Die Vertreter Japans und Chinas sind nicht anwesend,** jedoch nimmt der Vertreter der Vereinigten Staaten wieder daran teil.

In Völkerbundskreisen war man der Meinung, daß die Lage sich allmählich zu entspannen beginnt, und daß eine öffentliche Sitzung in einer Situation, in der die beiden Parteien an ihrer bisherigen Haltung allmählich gewiß Korrekturen vorzunehmen scheinen, dem Ratspräsidenten unzweckmäßig erschienen sei.

Die heutige geheime Sitzung des Völkerbundsrats dauerte ungefähr eine Stunde. Briand berichtete, wie verlautet, über die Besprechungen, die er im Laufe des Sonntags mit den Vertretern Japans und Chinas hatte. Diese Besprechungen, die Briand gesondert mit Yoshisawa und mit Sze führte, stehen jetzt im Vordergrunde der Bemühungen um die Beilegung des Konfliktes in der Mandschurei. Briand wurde von seinen Ratskollegen beauftragt, seine Bemühungen fortzusetzen.

Allgemein besteht, auch nach der geheimen Sitzung, der Eindruck einer leichten Entspannung. Es sollen auf diplomatischem Wege Nachrichten aus der Mandschurei eingetroffen sein, die solche Möglichkeiten zu eröffnen scheinen. **Allgemein besteht seit zwei Tagen hier der Eindruck, daß Japans militärische Aktionen nicht nur zum Stillstand gekommen sind, sondern daß von seiten Japans gewisse Schritte zur Wiederherstellung des früheren Zustandes erwogen und zum Teil getan worden sind.** Die Rolle des Vertreters Amerikas bei den bisherigen Beratungen des Rates beschränkte sich bis jetzt ausschließlich auf eine Beobachtung. Der japanische Vertreter Yoshisawa soll in den Besprechungen mit Briand eine Art Sofortprogramm mit fünf Punkten über die Beilegung des Konfliktes entwickelt haben. Im übrigen betrachtet man in Ratskreisen den Streit um die juristischen Vorfragen, die gestern Gegenstand eines Notenwechsels zwischen Briand und Yoshisawa gewesen sind, als erledigt.

Auf dem chinesischen Kriegsschauplatz

Tokio, 19. Oktober. Das japanische Außenministerium gibt bekannt, daß die japanische Regierung beschlossen habe, trotz aller Beratungen in Genf die japanischen Truppen nicht aus der Mandschurei abzuberufen. Das japanische Kriegsministerium hat angeordnet, daß sämtliche in China stehenden Truppen mit Winterkleidung versehen werden.

Die hiesigen Blätter melden, daß Japan die Verstärkung seiner Truppenteile in China fortsetzt, Schützengräben aushebt und die formelle Kriegserklärung an China vorbereitet. Unter dem Vorwand, daß eine Pestepidemie in der Stadt Taonian ausgebrochen sei, entsandten die Japaner dorthin Militärärzte und Sanitäter, die von einem Flugzeuggeschwader bewacht werden.

In Schanghai fand ein neuer Zusammenstoß zwischen Japanern und Chinesen statt, wobei drei Japaner erheblich verletzt wurden. Der Zusammenstoß wurde von den japanern provoziert, welche mit Eisenstangen und Knüppeln bewaffnet in die chinesischen Geschäfte einbrachen und die antijapanischen Plakate vernichteten.

Die Japaner besetzen alle Stationen an der Peiping-Mukdener Eisenbahn, wohin sie auch Munitionsvorräte und Truppen entsenden. In Tunliao griffen 4000 bewaffnete Banditen, die sich aus ehemaligen russischen Weißgardisten zusammensetzen, die chinesischen Truppen an. Während des Überfalles dieser Banditen leisteten ihnen die japanischen Flugzeuge Kundschafterdienste.

Textilarbeiterstreik in Lodz

Warschau. Wie aus Lodz gemeldet wird, ist dort ein Lohnstreik in 60 Seidenfabriken ausgebrochen. 4000 Arbeiter haben am Montag die Arbeit niedergelegt, wodurch 60 Fabriken stillgelegt werden mußten.

Standgericht in Irland

In Irland sind eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen im Parlament eingebracht worden, die sich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Irlands richten. Es soll in Irland fortan auf jeden terroristischen Akt die Todesstrafe stehen. Presse und Redefreiheit werden außer Kraft gesetzt. Bei Hochverratsprozessen wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Zuständigkeit der Kriegsgerichte auf Zivilisten ausgedehnt, sofern diese irgendeines staatsgefährlichen Verbrechens beschuldigt werden.

Dublin. Das durch das sogenannte Antiterroristengesetz vorgesehene Standgericht hat sich bereits konstituiert. Gleichzeitig sind zwölf Organisationen für illegal erklärt worden, darunter die sogenannte „Irische Republikanische Armee", die „Revolutionäre Arbeiterpartei" und die „Freunde Sowjetrußlands".

17 Tote in Herne

Herne. Die Zahl der Todesopfer des Grubenunglücks auf der Zeche „Mont Cenis" hat sich auf 17 erhöht. Nachdem noch am Dienstag abend drei verletzte Bergknappen gestorben waren, sind in der Nacht zum Mittwoch zwei weitere Bergleute ihren schweren Verletzungen erlegen. In den Krankenhäusern Bergmannsheil und Börnig befinden sich noch 14 Verletzte.

Dampfer gestrandet

Hamburg. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Dampfer das Opfer der schweren Nordweststürme, die seit Dienstag früh über dem Küstengebiet herrschen. Das Schiff hatte kurz vor Mitternacht an der Elbmündung bei Scharhörn Hilferufe ausgesandt. Als die beiden Bergungsdampfer „Simson" und „Heros" um 3 Uhr zur Hilfeleistung eintrafen, war das Schiff bereits gestrandet.

Hamburg. Wie aus Cuxhaven berichtet wird, handelt es sich bei dem auf Scharhoern gestrandeten Schiff um den dänischen, in Svendborg beheimateten Dampfer „Peter Mosl". Das Schiff soll derart hoch aufsitzen, daß es nicht möglich sein wird, daß es aus eigener Kraft freikommt. Allerdings können zurzeit auch noch keine Schlepper an das gestrandete Schiff heran, während das Rettungsboot noch längsseit liegt. Die aus etwa 14 Köpfen bestehende Besatzung des „Peter Mosl" befindet sich noch an Bord und will das Schiff auch nicht verlassen.

Streiks und Zusammenstöße in Indien

London. Aus Bombay wird gemeldet, daß der Streik in zahlreichen Textilbetrieben Bombays andauert. In den letzten Tagen haben sich weitere zehntausende Textilarbeiter den Streikenden angeschlossen. Zwischen den Streikposten und der Polizei ist es zu zahlreichen Zusammenstößen gekommen. Über 20 Streikende sind bisher verwundet worden. Auch in Warmagara ist ein Textilarbeiterstreik ausgebrochen, weil sich der Unternehmer weigerte, den Arbeitstag von 14 auf 10 Stunden zu kürzen. In Bengalen stehen 20 000 Seeleute vor dem Streik. Sie haben den Unternehmern eine ultimative Forderung auf Verbesserung ihrer Lage gestellt.

IN ALLER KÜRZE

Im Lübecker Calmette-Prozeß ist es jetzt zu einer überraschenden Wendung gekommen; der Hauptangeklagte, Professor Deycke, erklärte, daß sein Verfahren nach dem er die für die Fütterung der Säuglinge bestimmten Calmette-Kulturen züchtete, auf einem wissenschaftlichen Irrtum beruhte.

Der Neffe des ägyptischen Ministerpräsidenten Mahmud Lutfi Mansur ist ermordet worden. Gleichzeitig hat die Polizei eine Verschwörung aufgedeckt.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß der Jütland-Schnellzug südlich von Rauders in der Station Steveustrou in voller Fahrt in einen Güterzug hineinraste, wobei der Schnellzug entgleiste. Menschen sind glücklicherweise nicht ums Leben gekommen.

Der Polyp

Eine Novelle von Fjodor Gladkow

1

Copyright Malikverlag

„Hören Sie, Genosse", sagte ich, „wer Sie sind, weiß ich nicht. Haben Sie etwas Wichtiges, sagen Sie es möglichst rasch; ich habe keine Zeit. Noch besser, Sie gehen. Sie können alles von der Fabrikverwaltung erfahren."

Er zuckte nicht einmal mit der Wimper.

„Warum fortgehen, werter Genosse? Es ist absurd, einen Menschen fortzujagen, ohne gehört zu haben, was er will."

„Ja, was wünschen Sie eigentlich?"

Er fletschte boshaft die Zähne und sah an mir vorbei.

„Allerlei. Jetzt zum Beispiel komme ich zu Ihnen, um zu arbeiten."

„Wie das, — um zu arbeiten?"

„Sehr einfach: um zu arbeiten."

„Aber wir haben für Sie keine Arbeit."

„Für wen haben Sie denn Arbeit?"

„Wir bauen augenblicklich stark ab, Arbeit ist vollkommen ausgeschlossen."

„Wieso ausgeschlossen?"

„Eben — ausgeschlossen. Sie verstehen doch russisch?"

„Bei mir liegt Puschkin auf dem Tisch und Plechanow, und Lenin lese ich jede Nacht, wenn ich im Bett liege."

„Wozu sagen Sie das?"

„Von wegen der russischen Sprache. Auch mein Name ist rein russisch: Kowaljow."

„Nun denn, Genosse Kowaljow. Gehen Sie nach Hause. Passende Arbeit haben wir nicht für Sie. Abbau . . ."

Er erhob sich vom Sessel, trat still, mit wichtigem Schritt und tragem Schlendern, als habe er sich in dem Zimmer schon eingelebt, wie ein guter alter Freund von der Seite an mich heran, lachte innig und klopfte mir auf die Schulter, verstehen Sie, klopfte mir auf die Schulter, ganz gönnerhaft und liebevoll.

„Und woher wissen Sie, Direktor, welche Arbeit für mich paßt und welche nicht?"

Ich warf mich im Stuhl zurück und sah ihn mit der argwöhnischen Besorgnis eines Wolfes an. Ich hätte ihn hinauswerfen und Weisung geben sollen, ihn nicht wieder über die Schwelle zu lassen, statt dessen sah ich ihm wie ein Dummkopf in die Augen. In diesen Augen verbarg sich ein massives Teufelchen und forschte neugierig: mit wem habe ich denn hier zu tun? Und, was die Hauptsache ist, diese organische Selbstsicherheit und kristallische Ruhe entwaffneten. Allmählich sammelte ich mich wieder, und der bloße Gedanke, ihn fortzujagen, erschien mir toll, albern, durch nichts gerechtfertigt. Ich will, dachte ich, mal sehen, was das für ein Vogel ist. Zum Hinausjagen ist immer noch Zeit. Ich blickte ihn an und zweifelte, was an ihm das Größere war: seine Frechheit oder sein Verstand.

„Wir sind eine Textilfabrik, Genosse Kowaljow."

„Nun ja, eine Textilfabrik, das weiß ich auch ohne Sie."

Er grinste und sah mir hartnäckig in die Augen. Er hielt mich geradezu für einen Trottel (dich setzen und mich auf dich schwingen, ist für mich eine Kleinigkeit!) . . .

„Was verstehen Sie denn von Textilien?"

„Nicht das mindeste. Ich will eben jetzt mal hineinriechen."

„Wenn Sie bis jetzt in Textilien noch nicht hineingerochen haben, so haben Sie hier auch nichts zu suchen."

„Hatten Sie denn in diesen Direktorstuhl hineingerochen, als Sie an der We[illegible] standen?"

„Möglich, da[illegible]cht hineingerochen habe."

„Möglich, da[illegible]ich nicht hineingerochen habe."

„Und was fo[illegible]us?"

„Warum soll[illegible]uch ich mich ein wenig mit Textilien befassen?"

„Was könner[illegible]nn übernehmen?"

„Alles."

„Zum Beispie[illegible]

„Das Beispiel ist die Tat. Hier haben Sie das Gesuch, schreiben Sie Ihre Entscheidung darunter, da haben Sie ein Beispiel. Und hier haben Sie Beispiel Numero zwei . . ."

Gewandt packte er seine Tasche, knipste am Verschluß und beförderte ein Bündel Dokumente heraus.

„Da haben Sie ein Schreiben von dem und dem und dem und dem."

Und fuhr einen großen Namen nach dem anderen auf: da war der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften und der Rat der Volkskommissare und sogar die Komintern. Er hatte sich auch dort einzuschleichen verstanden und sich wahrscheinlich auch dort genau so unabhängig, ruhig und unheimlich sicher benommen. Man merkte, wie fatalistisch gestimmt der Mensch war: ein ungewöhnlicher, gigantischer Glaube an sich und seine Bestimmung.

„Nein, sage ich, Genosse Kowaljow. Nehmen Sie Ihr Gesuch und halten Sie mir Ihre Papiere vom Hals. Ich nehme keinerlei Referenzen an."

„Nun, sei es. Sie nehmen keine an, ich will es nicht abstreiten. Ich kann fest auf meinen eigenen Beinen stehen, Wege schrecken mich nicht, und besetzte Plätze gibt es für mich nicht."

Verstehen Sie, er überschwemmte einen einfach, hol ihn der Teufel!

„Was für ein Spezialfach haben Sie denn?"

Er vergrub beide Hände in den Hosentaschen und begann aus irgendeinem Grunde vor meinem Tisch auszuschreiten, wobei er mit den Sohlen dröhnend Takt schlug. Und wegwerfend paffte er mit der Zigarette aus dem Mundwinkel:

„In unserem Sowjetland hat jeder Fähige die Pflicht, ohne Wimper zu zucken, jedes Fach zu übernehmen."

„Wie, selbst wenn man Sie aufforderte, Chemiker, Archi[illegible]er Sachverständiger für Baumwollzucht zu sein, würden [illegible]ht mit der Wimper zucken?"

„Mit der Wimper zucken die Skr[illegible]en. Nietzsd[illegible] es denen flüchtig."

„In die Rote Armee haben Sie [illegible] wohl hin[illegible]chen?"

[illegible]tzung fol[illegible]

Arbeiter! Parteigenossen!

Unsere Antwort an die „Volkswacht"!

In der größten Notzeit für die deutsche Arbeiterklasse hat der sozialdemokratische Parteivorstand es fertig gebracht, die Partei zu spalten.

Mit allerlei Lügen und Verdrehungen versucht nun der Rest der Sozialdemokratischen Partei unter Führung der „Volkswacht", die Arbeiter von der Sozialistischen Arbeiterpartei und ihrer Zeitung fernzuhalten. Die Methode, die dabei angewandt wird, unterscheidet sich nicht im geringsten von der der Hugenberg-Presse. Ein solches System muß eines Tages von selbst zerfallen. **Was aber fragen jene Leute danach, wenn es ihnen nur glückt, die Einheit der Arbeiterschaft und die Treue der Leserschaft für die Interessen des Bürgertums zu mißbrauchen.**

Durch viele Jahrzehnte hat allerdings die „Volkswacht" die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrgenommen. Heute muß man sie als Zeitung der Schaumschläger und Phrasendrescher, als Handlanger der Reaktion und als Feind der Arbeiterklasse bezeichnen.

Es ist der größte Betrug am Proletariat, wenn die Bonzen behaupten, die „Volkswacht" habe nur wenige Leser bisher verloren. Sie wird nicht mehr lange erscheinen.

Wir stellen fest:

Die „Volkswacht" ist und bleibt nach wie vor das Organ der Sozialdemokratischen Partei, und sie ist damit ein Hemmschuh der Befreiung der Arbeiterklasse.

Die „Volkswacht" erscheint vorläufig noch, weil sie mit den Groschen derjenigen Arbeiter aufgebaut ist, die jetzt täglich in ihren Spalten bekämpft werden.

Die „Volkswacht" wird verschwinden, weil ihre Leser, die bisher in der Sozialdemokratischen Partei, in den freien Gewerkschaften, in der Genossenschaftsbewegung, ja selbst im Reichsbanner und in den proletarischen Kultur-Organisationen zusammengeschlossen waren, sie verlassen.

Die „Volkswacht" fürchtet den Kampf mit der Sozialistischen Arbeiterzeitung. Deshalb führt sie ihrerseits den Kampf mit den schmutzigsten Mitteln persönlicher Verdächtigungen. Die Leser der „Volkswacht" haben sich zum größten Teil bereits von ihr abgewandt, weil diese Politik nicht mehr von ihnen vertreten werden kann, und weil das hiesige Organ der Sozialdemokratischen Partei den Kampf mit einer Demagogie führt, die nicht überboten werden kann.

Die Leser der „Volkswacht" sehen, daß die Volkswacht nicht so sehr den Kampf gegen Hakenkreuz und Stahlhelm, überhaupt nicht gegen die Regierung Brüning führt, deren Stützen Braun und Severing sind, sondern in erster Linie gegen die eigenen Klassengenossen — die Parteigenossen von gestern.

Jetzt zeigt es sich, daß es sich bei der Sozialdemokratischen Partei um keine Arbeiterpartei mehr handelt, sondern um politische Geschäftsmacher, die genau wie die Bürgerlichen um ihrer Posten und Pöstchen Willen mit Lug und Trug zu arbeiten versuchen.

Die Arbeiterschaft weiß, daß Lügen kurze Beine haben und daß eines Tages das Kartenhaus der Sozialdemokratischen Partei zusammenbrechen muß. Politische Meinungen der Parteiopposition haben in der „Volkswacht" nur Platz, wenn sich die Verfasser solcher oppositioneller Artikel die Schulmeisterei der Redaktion gefallen lassen.

Es kommt in kurzer Frist der Tag, wo dieses Schaumgebilde der Sozialdemokratischen Partei und der „Volkswacht" zusammenbricht. **Es kommt der Tag, wo die Verräter der Arbeiterschaft, die Führer der Sozialdemokratischen Partei, den völligen Anschluß an das Bürgertum gefunden haben, vom Fluche der Arbeiterschaft erreicht und zum Teufel gejagt werden.**

Arbeiter, laßt Euch durch die verlogenen Nachrichten der „Volkswacht" nicht stutzig machen.

Heraus aus der Sozialdemokratischen Partei!

Weg mit der Volkswacht!

Sie haben die Arbeiterschaft rückwärts und abwärts geführt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei und ihre Zeitung sind das Instrument der deutschen Arbeiterklasse zur Befreiung aus politischer Knechtschaft und wirtschaftlicher Unterdrückung.

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei und die Redaktion der Sozialistischen Arbeiterzeitung

BRESLAU

Die Zahl der Neuaufnahmen (keine Uebertritte) bei der SAP. ist in den letzten Tagen auf **500** gestiegen.

Die SAP. keine Arbeiterpartei?

Die Volkswacht hat gestern festgestellt, daß es sich bei der SAP. um keine Arbeiterpartei handele. Wir lehnen es ab, uns in einen nutzlosen Wortstreit, der in letzter Zeit von der Volkswacht im Tone der Skandalblätter geführt wird, einzulassen. Um die fälschlichen Behauptungen der „Volkswacht" zu widerlegen, bringen wir einige interessante Zahlen über die Zusammensetzung unserer Stadtverordnetenfraktion. Der Fraktion der SAP. gehören 15 Stadtverordnete an: Die Genossen Eckstein, Feige, Jenohr, Kirstein, Klose, Kneiff, Kottusch, Krause, Küchler, Pascheke, Pietsch, Rausch, Schwarz, Seewald und Stope. Von diesen 15 gehören elf Stadtverordnete Arbeiterberufen an. Bei der „sozialdemokratischen Partei" gehören dagegen von 19 Stadtverordneten nur 5 Arbeiterberufen an. Von uns aus haben wir weiter nichts hinzuzufügen.

Zweierlei Maß

Noch eine Antwort an die Volkswacht

Unter der Überschrift „Breslau bekommt neue Zeitungen" hat die gestrige „Volkswacht" schmutzige persönliche Angriffe gegen den Redakteur der SAZ. gebracht. Sie stellt fest: „man hat bereits einen stenographiekundigen Mitarbeiter für Arbeitsgerichtsberichte und einen lokalen Chefredakteur, der seine bisherige Stellung wegen mangelnder Beherrschung der deutschen Sprache verlor, gewonnen".

Als Antwort auf diese Anpöbelung veröffentlichen wir das Zeugnis, welches der „ungebildete und sprachunkundige" Redakteur unseres Blattes beim Verlassen seiner bisherigen Stellung erhalten hat:

Breslauer Volksbühne E. V. Breslau, 30. September 1931.

Zeugnis.

Herr Reinhold Pfaff ist vom 1. November 1930 bis 30. September 1931 in unserem Büro als 2. Geschäftsführer tätig gewesen.

Er hat sich in dieser Zeit vor allem für den Ausbau unserer Film-Arbeit und unserer Bücherei eingesetzt und sich an der Redaktion unserer Zeitschrift „Kunst und Volk" beteiligt. Für diese Zeitschrift hat er auch mit viel Geschick einführend Aufsätze, Buchbesprechungen usw. geschrieben.

In den Geldangelegenheiten, die ihm anvertraut w[illegible] hat Herr Pfaff sich als absolut ehrlich erwiesen. Infe[illegible] schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es u[illegible] möglich, den 2. Geschäftsführer zu halten. Wir haben d[illegible] das Anstellungsverhältnis mit Herrn Pfaff zum 30. 9. [illegible]ösen müssen.

Für sein weiteres Wohlergehen wünschen wir ihm [illegible]rte. Der Vorst[illegible] der Breslauer Volksbühne e. V.

gez. P. Egger

Als Beweis für ihre Behauptungen stellt die „Volkswacht" fest, daß man in unserer Redaktion „zur technischen Vorbereitung" das Rechtschreibewörterbuch von Duden angeschafft habe.

Die „Volkswacht" besitzt also anscheinend keinen Duden. Jetzt ist uns vieles klar.

In unserer eigenen Angelegenheit nur dies. Im selben Artikel tobt die „Volkswacht" gegen die Konkurrenz, die ihr scheinbar im „Breslauer Stadt-Anzeiger" erwachsen ist. Wobei ausdrücklich festzustellen wäre, daß die „Volkswacht", die ja angeblich ein Organ der Arbeiterklasse sein will, in einem bürgerlichen Blatt ihren Konkurrenten sieht.

Wir können es durchaus verstehen, wenn die „Volkswacht", das Organ der hiesigen SPD., das Erscheinen eines neuen Konkurrenten glossiert und befehdet. Nur schade, daß sie ihren Lesern verschweigt, daß der verantwortliche Redakteur des befehdeten Blattes Mitglied der SPD. ist, und daß das Erscheinen der neuen Zeitung vom sozialdemokratischen Bürgermeister Mache und vom Gauführer des Reichsbanners Hugo Frey mit so überschwenglicher Freude begrüßt worden ist, wie man es in der ersten Nummer des „Stadt-Anzeiger" nachlesen kann. Vielleicht kann uns die „Volkswacht" hierüber Aufklärung geben.

PROVINZ

1. Öffentliche Versammlung der SAP. in Strehlen — wegen Überfüllung polizeilich geschlossen!

Oeffentliche Versammlung der SAP. in Strehlen

Für Dienstag, den 20. Oktober, hatte der frühere Ortsgruppenführer der SPD., Genosse Pech, jetziges Mitglied der SAP., eine öffentliche Versammlung in den Wintergarten einberufen.

Dem Ruf war das Strehlener Proletariat in erfreulicher Weise zahlreich gefolgt. Als annähernd 400 Besucher den Saal füllten, verlangte die Polizei Schließung wegen Ueberfüllung. Die Versammlung war eine typische Arbeiterversammlung. Ueberall sah man die ausgemergelten Gestalten der Steinarbeiter aus dem Strehlener Gebiet. Entsprechend der langen Verelendung der dortigen Arbeiterschaft und der schlechten Politik der SPD., ist die KPD. stark vertreten. Auch zu dieser Versammlung war ein starker Trupp Kapedisten gekommen, aber auch sehr viel SPD.-Arbeiter waren dem Rufe gefolgt.

Der Referent, unser Genosse Rausch, wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört. Er sprach über die Ziele und Aufgaben der SAP. und zeichnete in kurzen Zügen die Abgrenzung der SAP. von den Parteien links und rechts.

In der Diskussion sprach ein Kommunist, der selbstverständlich der SAP. jede Lebensberechtigung absprach und dafür plädierte, daß die Einheitsfront des Proletariats nur in der KPD. gewährleistet sei. Bis jetzt ist das leider ein Traum der KPD., und wir müssen zeigen, d[illegible] uns möglich ist, weite Schichten des Proletariats auf e[illegible] eitlichen Linie zu sammeln.

Der SPD.-Diskussionsredner, [illegible] Breslau bekannte frühere Distriktsführer in Tschansc[illegible] enosse Linke, begnügte sich unter großem Gelächt[illegible] Versammelten mit r Feststellung, daß die altbewä[illegible] zialdemokratie die [illegible]zige Partei des klassenbewußte[illegible] tariats sei und er empfahl für den nächsten Freitag den Besuch einer öffentlichen Versammlung der SPD. mit dem Bezirkssekretär Lehmann als Referenten. Die Arbeiterschaft Strehlens versprach dieser Aufforderung nachzukommen, um Lehmann zu zeigen, wo das wirkliche klassenbewußte Proletariat stehe.

In einer persönlichen Rücksprache nach der Versammlung zeigte es sich wieder, wie wir in den letzten Tagen schon oft feststellen konnten, daß in der SPD. nicht nach politischen Gesichtspunkten entschieden wird, sondern daß eine große Anzahl der Mitglieder aus persönlichen, beruflichen und sonstigen Rücksichten den Austritt aus der Organisation nicht vollziehen, mit der sie geistig schon lange nicht mehr verbunden sind.

Das Ergebnis der Versammlung waren 30 Neuaufnahmen zu dem schon vorhandenen Stamm in Strehlen und die Zusage von vielen Arbeitern, daß sie zur nächsten Mitgliederversammlung der SAP. kommen werden, um dort ihren Beitritt zu erklären.

Ein erfreulicher Anfang für unsere Partei!

SAP. in Oels

Am Freitag, den 16. Oktober, sprach der Vorsitzende der Breslauer SAP., der Genosse Eckstein, in der ersten SAP.-Versammlung in Oels. Die Volkswacht spricht von „einigen Dutzend" SPD.-Genossen, die zur SAP. gekommen seien. Wer aber draußen war im „Tivoli", wird erstaunt gewesen sein, daß über 500 Genossen der SPD. und Arbeiter, die durch die Politik der SPD. enttäuscht worden sind, sich zur SAP. bekannt haben. Der Genosse Eckstein kennzeichnete die politische Lage in der Epoche der Notverordnungen, und behandelte eindeutig die Politik des Parteivorstandes der SPD. und ihrer Reichstagsfraktion. Als Genosse Eckstein über die Stellung der SAP. zu Sowjetrußland sprach, und klar und eindeutig ein Bekenntnis zur revolutionären Aktion ablegte, brach stürmischer Beifall aus.

In der Diskussion sprach sachlich ein Genosse der KPD. und die Genossen Hannak und König SAP. Zum Schluß spielte die Fanfarenkapelle des Breslauer Sozialistischen Jugendverbandes ein proletarisches Kampflied.

Jedenfalls hat auch diese Versammlung bewiesen, daß auch der Prolet in der Provinz gewillt ist, mit der SAP. zu marschieren.

Arbeiterkinderfreunde

Fast alle Helfer der Arbeiterkinderfreunde sind politisch in der SAP. organisiert. Deshalb hörte man in letzter Zeit oft aus manchen Kreisen der Elternschaft den Vorwurf, die SAP.-Helfer hätten die Breslauer sozialistische Erziehungsbewegung gespalten. Davon ist nur richtig, daß gerade die aktivsten Helfer, so wie sie bisher in der Sozialdemokratie in Opposition zur Parteimehrheit gestanden haben, jetzt den Weg der klassenbewußten deutschen Arbeiter zur SAP. gegangen sind.

Während in steigendem Maße die Sozialdemokratie sich willenslos zur Knechtung der durch die Wirtschaftskrise wie noch nie gepeinigten Proletarier mißbrauchen ließ, kämpften die Helfer der Arbeiterkinderfreunde um die Gestaltung einer sozialistischen Erziehung. Die Arbeit der Helfer der Kinderfreunde war und ist eine einzige, dauernde, kompromißlose Klassenkampfhandlung. So wurde die Politik des kleineren Übels und die Verleugnung aller Grundsätze eines Klassenkampfes wie sie sich bei jeder Entscheidung der SPD. gezeigt hat für die Mehrzahl der Helfer und Eltern unerträglich. Als man schließlich noch die Strafe des Ausschlusses aus der SPD. zur Anwendung gegen diejenigen brachte, die es für ihre Pflicht hielten, die unüberbrückbaren Widersprüche zwischen sozialistischer Zielrichtung und tagespolitischen Handlungen der SPD. aufzudecken, da mußten trotz engster Verbundenheit mit der sozialistischen Erziehungsbewegung die Breslauer Helfer sich dazu entschließen, ihren Eintritt in die SAP. zu zu vollziehen. Sie taten das in der Hoffnung, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde die sozialistische Erziehungsbewegung befreien von ihrer bisherigen Bindung an die SPD. und zu einer Sache der gesamten deutschen Arbeiterklasse machen würde. Aber die Reichsarbeitsgemeinschaft glaubte aus organisatorischen Gründen diese Lösung ablehnen zu müssen.

Ohne zu bedenken, daß die Arbeiterkinderfreundebewegung in ihrer Geschlossenheit der Stolz der Breslauer Arbeiterschaft ist, ohne zu berücksichtigen welch große Achtung selbst dem Klassenfeind abnötigt, schritt die Reichsarbeitsgemeinschaft zur Auflösung der Breslauer Organisation. Wieder einmal hat die Sozialdemokratie gezeigt, daß es in ihren Reihen keine lebendige Demokratie mehr gibt, denn der Landesvorsitzende Hugo Müller erklärte die Breslauer Kinderfreundeorganisation für aufgelöst, ohne auch nur mit Helfern oder Eltern Fühlung genommen zu haben.

Und wenn am 19. Oktober die Genossin Reventlow in der „Volkswacht" schrieb, daß die Kinderfreundebewegung in Breslau zerschlagen worden sei, dann ist ihr ganz gewiß ein Fehler unterlaufen. Von zerschlagen kann keine Rede sein, denn die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde setzt ihre Arbeit in alter Treue zu ihren sozialistischen Grundsätzen und mit ganzer Liebe für das ohne Freude aufwachsende Arbeiterkind fort. Im März erklärte die Genossin Köhlich vom Bezirksvorstand der SPD. Die Helfer der Kinderfreunde seien die idealgesinntesten, opferbereitesten und revolutionärsten Funktionäre der Arbeiterbewegung. Was vor wenigen Monaten Wahrheit war, ist es auch heute noch geblieben. In heiligem Ernst haben die Breslauer Helfer, wie selbst Genossin Schertel zugeben mußte, um den Fortbestand der Breslauer sozialistischen Erziehungsbewegung gerungen. Nicht die Breslauer Helferschaft, sondern die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde hat die Breslauer Organisation gezwungen, ihre bisherigen organisatorischen Bindungen zu lösen.

Die Arbeit der Arbeiterkinderfreunde geht weiter. Den Helfern der nun von der SPD. gelösten Bewegung erwachsen wichtigere Aufgaben, als die polemische Auseinandersetzung mit den Artikeln der „Volkswacht". Die Breslauer Helfer erwarten jedoch, daß man ihre Erziehungsarbeit in jeder Beziehung als gleichwertig anerkennt.

Die Ereignisse um die Breslauer Arbeiterkinderfreunde stehen durchaus nicht vereinzelt da. Viele Gruppen sind und werden noch aus der Reichsarbeitsgemeinschaft ausgeschlossen werden. Die Breslauer Helferschaft fordert sie auf, sich mit ihnen zu einer neuen Reichsarbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Fern von aller Polemik freuen sich die Helfer der Arbeiterkinderfreunde, daß die Breslauer Erziehungsbewegung durch die Schaffung einer Parteikindergruppe der SPD. eine allerdings unwesentliche Verbreiterung erfahren hat. Die Helfer der Arbeiterkinderfreunde werden auch weiter wie bisher für die Befreiung des Arbeiterkindes kämpfen. Sie werden weiter Heime und Zeltlager schaffen und sich dafür mit ganzer Kraft einsetzen, daß unter ihrem Einfluß eine lebensfreudige, begeisterungsfähige und vor allen Dingen klassenkämpferische proletarische Jugend heranwächst, die mit berechtigtem Stolz das Lied singen kann:

„Wir sind das Heervolk der kommenden Welt".

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: R. Pfeff, Breslau.
Verlag: Josef Ernst, Berlin S.W. 68.
Druck: Th. Schatzky A.G. Breslau.

SAP

Spalter in Bulgarien!

Der Kampf des bulgarischen Parteivorstandes gegen die Linke

Die Ereignisse der letzten Wochen haben mit größter Deutlichkeit gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie genau so wenig eine demokratische Partei ist, wie Deutschland eine parlamentarische Demokratie. Doch das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, die sich infolge ihrer großen Mitgliederzahl wenigstens scheinbar Massenausschlüsse leisten kann, hat auch unter anderem die viel kleinere bulgarische Sozialdemokratie zum gleichen Vorgehen gegen ihren linken Flügel ermutigt. In Deutschland schritt man zum Ausschluß der Opposition in dem Augenblick, in dem die „Fackel" auch den letzten arbeitslosen Proletarier über die Fehler der Sozialdemokratie aufzuklären begann. Als in der kleinen bulgarischen sozialdemokratischen Partei die Linke eine eigene Zeitschrift, den „Klassenkampf", herausbrachte, schloß man bereits drei Tage nach dem Erscheinen der ersten Nummer den Führer der Linken aus und bedrohte, ganz nach dem Muster der Wels und Dittmann, jeden mit dem Ausschluß, der den „Klassenkampf" verbreite oder sein Mitarbeiter sei. Auf dem am 25. Oktober wie alljährlich stattfindenden Parteitag der bulgarischen Sozialdemokratie wird über diesen und andere unberechtigte Ausschlüsse linker Genossen beraten werden. Auf diesem Parteitag wird sich sowohl das „Zentrum", wie auch die „Linke" der bulgarischen Sozialdemokratie aufs schärfste gegen die Spalter wenden, die wie in Deutschland einzig und allein im Vorstand und Apparat der Sozialdemokratie zu suchen sind.

Die bulgarischen Genossen bewegen fast die gleichen Fragen, die die deutschen Proletarier in steigendem Maße zur Trennung von der Sozialdemokratie veranlasten. „Wir können auch nicht erlauben, daß die Parteileitung eine Politik führt, welche nur dem Bürgertum und den Nationalisten angenehm ist, eine Politik, welche die Partei und den Sozialismus von der Arbeiterklasse entfremdet." So schreibt uns ein bulgarischer Genosse, der uns gleichzeitig die herzliche Sympathie der klassenbewußten bulgarischen Proletarier versichert und uns ihre Wünsche für eine schnelle Ausdehnung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands übermittelt. —rg.

Grüße von Angelika Balabanoff

Paris, den 5. 10. 31.

Mein lieber, sehr geschätzter Genosse Eckstein, lassen Sie mich Ihnen in der schicksalschweren Stunde in tiefer Sympathie und Verständnis die Hand drücken. Ich weiß, was solche Kämpfe bedeuten, welche Forderungen sie an uns stellen. Ich weiß aber auch, welche Genugtuung Sie uns verschaffen. Sie stellen die schwerste und dringendste Pflichterfüllung dar. —

Die unabhängige Arbeiterpartei Englands entsendet Brudergrüße

Meine Partei hat mich beauftragt, Ihnen und den Genossen Ihrer Partei die allergrößte Anerkennung für den Mut, den Sie im schwierigen Kampf um die Linke in Deutschland bewiesen haben. Ich soll Ihnen mitteilen, daß wir Ihren Kampf mit dem größten Interesse und mit der allerstärksten Sympathie verfolgen. Wir entbieten Ihnen unsere Brudergrüße und wünschen volles Gelingen.

Mit Brudergruß John Paton.

Organisations-Nachrichten der SAP.

Partei-Büro: Breslau 6, Friedrich-Wilhelmstraße 16.
Bürozeit von 8—13 und von 16—19 Uhr
Sonnabends von 8–14 Uhr.
Telefon Nr. 567 68.

Breslau

Donnerstag, heute, 20 Uhr: Offentliche Frauenversammlung im „Bergkeller". Siehe Anzeige.

Frauenstaffel West:
Heute, 19 Uhr: Ordnerdienst im Bergkeller. Pünktliches Erscheinen Aller ist Pflicht, da dort nähere Bekanntmachungen erfolgen.

Weiblicher Ordnerdienst schließt sich der weiblichen Schutzstaffel an. 7 Uhr: Bergkeller, Dueby-Versammlung.

Frauen-Funktionäre:
Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr: Versammlung mit der Genossin Dueby. Wir besprechen unsere organisatorischen Aufgaben.

Erweiterter Vorstand:
Montag, den 26. Oktober, 20 Uhr, bei Bräuer, Gabitzstraße.

Funktionärversammlung.
Donnerstag, den 29. Oktober, im Bergkeller. Bericht des Genossen Ziegler über die Reichstagssitzung.

Distrikt 46.
Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr, im Restaurant Linke-Hoffmann-Sportplatz, Distriktsversammlung. Ref. Gen. F. Pietsch.

Distrikt 47.
Freitag, den 23. Oktober, 20 Uhr, Distriktsversammlung bei Bielitzer, Pilsnitzer Straße. Ref. Hannack.

Distrikt 48.
Sonnabend, den 24. Oktober: Frauenversammlung in Stabelwitz bei Thiel. Referent: Max Rausch.

Distrikt 42/50.
Heute, den 22. Oktober, 16¾ Uhr, treffen sich die Genossinnen am Stadion zur Besichtigung des Obdachlosen-Asyls.

Jungsozialisten. Gruppe Scheitnig, Sand- und Odertor.
Benderschule, Lehmdamm. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, spricht bei uns Genosse Oppler über: „Die Gegenwartsaufgaben der sozialistischen Jugend".

Sozialistische Schülerschaft.
Freitag, den 23. Oktober, 19 Uhr, spricht Genosse Pung Fai Tao-Mukden bei uns. Werbt für diese Veranstaltung.

Sozialistische Studentenschaft.
Donnerstag, den 22. Oktober, 20 Uhr, Heim's Mitgliederversammlung.

„Rote Wespen".
Heute Probe, 19½ Uhr im Bergkeller.

Die Parteischule fällt wegen der Frauenversammlung am Donnerstag aus.

Achtung Distriktsführer!
Umgehend Distriktslokale im Sekretariat melden.

Achtung Erwerbslose!
Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt werktäglich (außer Sonnabend) von 9 bis 11 Uhr die Erwerbslosenkommission der S. A. P., Seydlitzstr. 1, Heim 4.

Provinz

Oels.
Freitag, den 23. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Volksgarten.

Bekanntmachungen für den sozialistischen Jugendverband Breslau

Achtung! Gruppenobleute, heut in der Zeit von 17 bis 19 Uhr wichtiges Material im Büro Friedrich-Wilhelm-Straße 16 abholen. Sonntag beteiligen sich alle Mitglieder an der Jugenddemonstration, Stellplätze werden noch bekannt gegeben.

Heim 2 Ohlauertor.
Wir kommen heut 20 Uhr bei Hoffmann, Brüderstraße zu einem politischen Ausspracheabend zusammen. Referent: Genosse Schuler.

Rote Falken 3.
Wir kommen heut 20 Uhr in der Benderschule zusammen. Wird euch interessieren.

Heim 4. Jugendheim Seydlitzstraße.
Heut, 20 Uhr, Roter Kabarettabend. Gäste sind willkommen

Heim 5. Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45.
Wir kommen heut, 20 Uhr, im Heim zu einem politischen Ausspracheabend zusammen. Freitag gehen alle Heime ins Lobetheater. Sonnabend wichtige Sprechchorprobe, 19½ Uhr in der Benderschule. Erscheinen ist Pflicht. Jugendreferenten geben bis 24. Oktober ihre Themenlisten an Gen. W. Bochynek, Holteistr. 41.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde

Geschäftsstelle: Friedrich-Wilhelm-Straße 16

Wochenzettel vom 19. bis 25. Oktober 1931:

Alle Abteilungsleiter liefern bis Freitag abend Helferverzeichnis, Mitgliederlisten und Sparverzeichnis ab. Wochenzetteleinlieferungen jetzt immer spätestens bis Freitag bei Genossen Leo Kaufmann, Königspl. 5, abgeben.

Abteilung 1.
Donnerstag: Jungfalken, Treffpunkt 5 Uhr, Wolfswinkel.
Freitag: Rotfalken, Treffpunkt 5 Uhr, Wolfswinkel.

Abteilung 3.
Donnerstag: Jungfalken I, Rosenschule. Jungfalken II, Rosenschule, Kampf- und Wanderlieder. Jungfalken III, Kletschkauschule, Mitgliederversammlung.
Freitag: Nestfalken II und III, Rosenschule. Wir lernen neue Lieder.
Sonntag: Bunter Nachmittag. Nestfalken von 15 Uhr bis 16.30 Uhr. Jung- und Rotfalken von 16.30 Uhr bis 19 Uhr.
Freitag: Vollversammlung der Jung- und Rotfalken, um 17 Uhr in der Kletschkauschule. Thema: Unsere Zeltnamen. Freundschaft! Alfred.

Abteilung 4 (Nikolaitor)
Donnerstag: Jungfalken. Geschichten und Spiele. 17 Uhr im Heim. Rotfalken 17 Uhr Arbeitsgemeinschaft.
Freitag: Elternversammlung. 19.30 Uhr im Jugendheim.
Sonnabend: Jung- und Rotfalken, 17 Uhr in der Anderssenturnhalle.

Abteilung 5 Heim Seydlitzstraße 1.
Donnerstag: 17 Uhr, Nestfalken II, Basteln.
17 Uhr, Rotfalken Basteln.
Freitag: 17 Uhr, Nestfalken I im Heim.
Sonnabend: 17 Uhr, Jung- und Nestfalken. Reichturnhalle

Abteilung 6 vom 19. 10. ab.
Donnerstag: Rotfalken, 5 Uhr, Beblostr.
Freitag: Nestfalken, ¾5 Uhr, Brausebad.

Abteilung 8
Donnerstag: Nestfalken, 5 bis 7 Uhr, Gymnastikhalle. Treffen an der Schule.

Abteilung 9 Dürrgoy
Donnerstag bei Gen. König: 17 Uhr, Erzählungen.

Alle Arbeiterkinder am 9. November schulfrei!

Arbeitereltern, Eure Kinder gehören zu den Arbeiterkinderfreunden. Bekanntmachungen in der neuen sozialistischen Arbeiterzeitung.

SAP

Oeffentliche Frauen-Versammlung

Donnerstag, 22. Oktober, 20 Uhr, Bergkeller, Kletschkaustr.

Unkostenbeitrag 20 Pfg.
Erwerbslose 10 Pfg.
Nichtmitglieder 30 Pfg.

Referentin: Gen. Gertrud Dueby-Berlin
Mitglied des Hauptvorstandes der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Aufnahmeschein!

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Name: .....

Wohnung: .....

Beruf: .....

Die Eintrittsgebühr beträgt 20 Pf. Aufnahmen erfolgen bei:
1. Parteisekretariat, Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 16.
2. Dr. Eckstein, Breslau, Gartenstraße 8.

Werbt Abonnenten!

Das rote Breslau

liest die **SAZ.** die

„Sozialistische Arbeiterzeitung"

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Erscheint ab 1. November täglich mittags außer Sonntag

Abonnementspreis: Wöchentlich frei Haus 50 Pfg. Monatlich 2.10 Mk.

Postabonnement: Monatlich 2.10 Mk. durch jeden Briefträger oder Postamt

Bestellschein!

Hiermit abonniere ich die SAZ.
Sozialistische Arbeiterzeitung

Name: .....

Wohnung: .....

Beruf: .....

Bestellungen sind abzugeben im: Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterpartei, Friedrich-Wilhelm-Straße 16, Telefon 567 68; Redaktion der „Sozialistischen Arbeiterzeitung", Neue Graupenstraße 5, II, links, Tel. 20602 und sämtl. Funktionären der SAPD.

Werbt Abonnenten!